

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 219038/39
Telex: 886846 ppbn d



Inhalt

Heidemarie Wieczorek-Zeul
MdB fordert eine aktivere
Politik im Nahost-Konflikt:
Wer sich heraushält, macht
sich schuldig.

Seite 1

Wolfgang Zeisig skizziert die
Aufgaben des Bundesrates:
Arbeit in einem Spannungs-
verhältnis.

Seite 3

Dokumentation:

Der SPD-Partei- und Frak-
tionsvorsitzende Hans-Jochen
Vogel hat am 12. Mai in
Moskau einen Vortrag ge-
halten, den wir in zwei Teil-
en veröffentlichen. Teil II
und Schluß

Seite 4

43. Jahrgang / 92

16. April 1988

Wer sich heraushält, macht sich schuldig

Für eine aktivere Politik im Nahost-Konflikt zwischen Israel und
den Palästinensern

Von Heidemarie Wieczorek-Zeul MdB.
Mitglied des SPD-Präsidiums

„Es ist meine Auffassung, daß die Sozialistische Internationale offen erklären muß, daß die Politik der gegenwärtigen israelischen Regierung alle Perspektiven des Friedens gefährdet, daß sie individuelle Rechte verletzt, mehrfach internationales Recht gebrochen und Aktionen gegen die Menschenrechte unternommen hat. Die Tatsache, daß die Israelische Arbeiterpartei der israelischen Regierung angehört, darf uns nicht dazu führen, unser Urteil abzuschwächen oder aufzuhalten...“ Das erklärte Bettino Craxi in seiner Rede beim SI-Rat in Madrid letzte Woche, als er nach Shimon Peres sprach, unter Beifall der Konferenz. Und diese Anmerkungen drücken auch deutlich die politische Bewertung der übergroßen Mehrheit der Mitgliedsparteien der Sozialistischen Internationale zu dem aus, was von seiten der israelischen Armee mit Billigung der israelischen Regierung gegen die rebellierende palästinensische Bevölkerung in den besetzten Gebieten unternommen wird.

Aber Schüsse, Verhaftungen, Einschüchterung, Militäraktionen werden den Willen des palästinensischen Volkes, sein Selbstbestimmungsrecht zu verwirklichen und in einem eigenen Staat zu leben, nicht brechen können.

Die SPD hat bisher keine aktive Rolle in dem Konflikt zwischen Israel und dem Palästinensern gespielt, weil sie so der historischen Verantwortung der Deutschen gegenüber den Juden am besten gerecht zu werden glaubte. Das verstehe ich. Aber wir müssen auch wissen: Wer sich aus dem Konflikt heraushält, macht sich auch schuldig. Schuldig am Fortbestehen von Gewalt, Haß und Kriegsgefahr. Schuldig daran, daß der islamische Fundamentalismus aus der Ausweglosigkeit der Situation der Palästinenser immer mehr Nahrung erhält.

Ich plädiere deshalb für eine aktive friedensfördernde Rolle der SPD im Konflikt des Nahen Ostens. Und aus ihren Erfahrungen

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heusaallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Printed in Germany
with recycled paper
Recycling-Paper



der Entspannungspolitik kann die SPD vor allem die Überzeugung einbringen, daß es wichtig ist, zu verhandeln und sich ohne Anführungszeichen an einen Tisch zu setzen. Ohne Verhandlungen im Rahmen einer internationalen Friedenskonferenz zwischen Israel und den Palästinensern wird es keine friedliche Lösung im Nahen Osten geben.

Bei diesen Verhandlungen muß die PLO die Palästinenser vertreten genauso wie die israelische Regierung die Israelis vertreten wird. Alles Herumreden über die angebliche „Nichtrepräsentativität“ der PLO hilft nichts. In den besetzten Gebieten zeigen die Palästinenser zum wiederholten Mal, durch wen sie sich vertreten fühlen: Ziel einer solchen Konferenz muß sein: Die PLO erkennt das Existenzrecht des Staates Israel an; Israel erkennt das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser an, das diese in einem eigenen Staat verwirklichen wollen. Die Besetzung der Gebiete durch Israel, die seit 1967 - seit nunmehr 21 Jahren - anhält, wird beendet. Allen Völkern der Region wird das Recht garantiert, in einem eigenen Staat mit gesicherten Grenzen zu leben. Damit werden in der Region der Staat Israel bestehen und ein Palästinenser-Staat auf dem Boden der ehemals besetzten Gebiete - auf der Basis der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes und des friedlichen Zusammenlebens in gesicherten Grenzen.

Dieser Plan wird unter anderem von Hanna Siniora, dem Herausgeber der Ost-Jerusalem-Zeitung „Al Fajr“ propagiert. Wenn solche Pläne keine Chance haben, dann hat nur noch die Gewalt im Nahen Osten „Chancen“. Deshalb sind alle aufgerufen, die der Gewalt keine Chance gegen wollen, der israelischen Regierung gegenüber klar Stellung zu beziehen und der PLO-Führung unter Yassir Arafat die Chance des friedlichen Erfolges zu ermöglichen.

Bei der in Madrid beim SI-Rat beschlossenen „International Consultation“, einer Art Vorkonferenz der SI unter Beteiligung Israels, der Palästinenser und der Vertreter/innen der fünf Mitgliedsstaaten des UNO-Sicherheitsrates, muß ein solches Ergebnis angestrebt werden. Und auch die deutsche EG-Ratspräsidentschaft ist aufgerufen, eine solche EG-Nahost-Initiative zu unternehmen. Allein darauf zu hoffen, daß Gorbatschow und Reagan bei ihrem Treffen Ende Mai gemeinsam initiativ werden, reicht nicht aus. Außenminister Genscher ist ein aktiver Gesprächspartner in internationalen Beziehungen. Warum setzt er seine Gesprächsdiplomatie nicht ein zum Beispiel in Gesprächen mit der israelischen Regierung einerseits und in einem Treffen mit dem PLO-Führer Yassir Arafat andererseits? Die SPD, deren Ehrenvorsitzender in seiner Eigenschaft als SI-Präsident vor Jahren mit Yassir Arafat zusammentraf, würde ihn dafür nicht rügen. (-/16.5.1988/vo-he/rs)

* * *

Arbeit in einem Spannungsverhältnis:Zur gesamtstaatlichen Verantwortung des Bundesrates

Von Wolfgang Zeisig

Jede Landtagswahl ist, so kritisierte Herbert Wehner 1974, „ein Kampf um die Lähmung der Bundestagsmehrheit“. In der Tat: Während der sozialliberalen Regierungszeit betätigte sich die CDU/CSU-Bundesratsmehrheit nicht selten als verlängerter Arm der CDU/CSU-Opposition im Bundestag. Regierungsvorlagen stießen aus parteitaktischen Gründen im Bundesrat auf Widerstand und landeten häufig im Vermittlungsausschuß. In der 8. Wahlperiode wurde der Vermittlungsausschuß beispielsweise 98 mal vom Bundesrat angerufen, in der verkürzten 9. Wahlperiode 17 mal. Nach der sogenannten Wende entfiel diese parteipolitische Konfrontation. Dies läßt sich auch daran ablesen, daß der Vermittlungsausschuß in der 10. Wahlperiode insgesamt nur sechsmal eingeschaltet wurde.

Während der sozialliberalen Regierungszeit wurde darüber gestritten, ob es zulässig sei, daß der Bundesrat in ein „zweites politisches Schlachtfeld“ verwandelt wird. Das Thema war verständlicherweise kontrovers. Mitglieder der CDU/CSU vertraten dabei den Standpunkt, der Bundesrat sei zwar nicht grundsätzlich unter dem Aspekt oppositioneller Politik zu sehen, doch eine solche sei durch das Grundgesetz legitimiert, und es sei zulässig, die Mehrheit im Bundesrat gegen Bundesregierung und Bundestagsmehrheit wirksam werden zu lassen.

Im Gegensatz dazu wurde der verhältnismäßig spannungsfreie Zustand zwischen Bundestag und Bundesrat seit der sogenannten Wende nicht diskutiert, da er offenbar angesichts der gleichgerichteten Mehrheitsverhältnisse in den Gesetzgebungsorganen als selbstverständlich hingenommen wurde. Erst die Initiative des Landes Niedersachsen, mit der die Übernahme eines Teils der Sozialhilfefasten durch den Bund verlangt wird, veränderte die Situation. Daß sich CDU-regierte Länder gemeinsam mit SPD-regierten Ländern im Bundesrat gegen eine CDU/CSU-geführte Bundesregierung stellten, rief in den Reihen der Union Besorgnis und Verwirrung hervor und hat das Verhältnis zwischen Bundestag und Bundesrat erneut ins Blickfeld gerückt. Dies gilt besonders deshalb, weil die CDU/CSU-Mehrheit des Bundesrates nach der schleswig-holsteinischen Landtagswahl auf einen knappen Vorsprung zusammengeschmolzen ist.

Gerade jetzt sollte aber ins Bewußtsein gerückt werden, daß weder die frühere parteipolitisch motivierte Konfrontation zwischen Bundesrat und Bundestag noch die relative Eintracht der letzten Zeit den „Normalzustand“ widerspiegeln.

Die Arbeit des Bundesrates vollzieht sich in einem Spannungsverhältnis: Die Mitglieder des Bundesrates sind parlamentarisch legitimierte und kontrollierte Mitglieder von Landesregierungen. Das heißt in unserer Parteiendemokratie, daß sie Parteipolitiker sind. Neben der föderativen Legitimationsgrundlage (Art. 20 Abs. 1 GG) besteht daher auch die parteiendemokratische Legitimationsgrundlage (Art. 21 Abs. 1 GG) für die Arbeit des Bundesrates.

Die aktuelle Diskussion sollte Anlaß sein, über die eigenständige Rolle des Bundesrates in unserer föderativen Ordnung nachzudenken. Es gilt, nicht aus dem Auge zu verlieren, daß der Bundesrat Verfassungsorgan des Bundes ist, daß er die Interessen des Gesamtstaates zu fördern und zu wahren hat.

So gesehen ist die Initiative des Landes Niedersachsen ein Beweis für die noch funktionierende Verantwortung des Bundesrates: Ein für die Mehrheit der Länder nicht lösbares Problem soll über den Bundesrat zur Bundessache gemacht werden, damit eine für das ganze Bundesgebiet bestmögliche Regelung zustande kommt. Der Bundesrat übernimmt damit gesamtstaatliche Verantwortung und bewährt sich in seiner Aufgabe als „Integrationsorgan“. Die Bundesregierung sollte dies akzeptieren und als ein Warnsignal gegen ihre Politik zu Lasten der Länder und Gemeinden begreifen.

* * *
(-/16.5.1988/vo-he/rs)

DOKUMENTATION

Dr. Hans-Jochen Vogel: Europa braucht eine neue Form des Pluralismus und der Toleranz (Teil II)

Der SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel hat vor dem Institut für Weltwirtschaftliche und Internationale Beziehungen (IMEMO) der Akademie der Wissenschaft in der UdSSR am 12. Mai einen Vortrag gehalten, den wir in zwei Teilen veröffentlichen.

VI.

Entscheidend für die Friedenssicherung in Europa ist jetzt die Herstellung konventioneller Stabilität vom Atlantik bis zum Ural. Wir brauchen einen Umbau und eine Verringerung der konventionellen Streitkräfte mit dem Ziel, daß die Verteidigungsfähigkeit auf möglichst niedrigem Niveau erhalten bleibt, daß aber beide Bündnisse zum Überraschungsangriff und zur raumgreifenden Offensive unfähig werden.

Wir haben bereits auf unserem Parteitag in Nürnberg im Jahre 1986 erklärt:

„Wir fordern den Warschauer Pakt auf, seinen Beitrag zur gemeinsamen Sicherheit zu leisten. Dazu muß er vor allem seine Strategie der Vorwärtsverteidigung aufgeben. Wir stellen fest, daß die Stationierung von sowjetischen Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite in der DDR und der CSSR die Bedrohung erhöht hat und ihr militärischer Sinn den Erklärungen der Sowjetunion zum Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen widerspricht. Auch die Staaten des Warschauer Paktes müssen sich auf die Vorverteidigung ihres Territoriums beschränken. Ihre Streitkräfte müssen auf die Fähigkeit zur raumgreifenden Offensive verzichten und ihre Doktrin ändern, derzufolge die Verteidigung auf westdeutschem und westeuropäischem Boden stattfinden soll.“

Wir nehmen mit großer Aufmerksamkeit wahr, daß sich in der sicherheitspolitischen Diskussion der Sowjetunion die Stimmen mehren, die eine derartige Änderung der Streitkräftestrukturen unterstützen. Wir wissen, daß es auch auf Seiten der NATO entsprechende Änderungen geben muß. Ein Abbau des sowjetischen Übergewichts bei Panzern würde sicher nicht nur in der Bundesrepublik als praktischer Ausdruck eines neuen Denkens in der sowjetischen Sicherheitspolitik begrüßt werden.

VII.

Wir drängen auch auf einen schrittweisen Abbau der nuklearen Gefechtsfeldwaffen in Ost und West. Unser Endziel ist die völlige Beseitigung dieser Gefechtsfeldwaffen. Wir glauben, daß dieses Ziel im Zusammenhang mit Fortschritten bei der konventionellen Stabilität in Europa schrittweise erreicht werden kann.

Ein Zwischenschritt zu einer Null-Lösung, zugleich eine Maßnahme militärischer Vertrauensbildung und Entspannung, wäre die Einrichtung eines nuklearwaffenfreien Korridors entsprechend dem Vorschlag, den wir gemeinsam mit der DDR-Führung erarbeitet haben, und der inzwischen von der Regierung der CSSR übernommen worden ist.

Wir gehen davon aus, daß die Verhandlungen der 23 Staaten in Wien langwierig und kompliziert sein werden, aber wir haben auch hier Hoffnung. Der jetzt gewählte Ansatz ist besser als der von MBFR. Er ermöglicht, die spezifischen Probleme Zentraleuropas in einen gesamteuropäischen Zusammenhang einzubetten. Außerdem zielen diese Verhandlungen nicht vorrangig auf ein zahlenmäßiges Gleichgewicht bei den Truppen, sondern auf einen stabilitätsfördernden Abbau von Truppen und Rüstungen, der auch zu einer Veränderung von Streitkräftestrukturen und militärischen Optionen führen kann.

Wenn alle an den künftigen Verhandlungen über eine konventionelle Stabilität in Europa beteiligten Staaten detaillierte Angaben über ihre Truppen, Streitkräfte und Streitkräftestrukturen offenlegen, dann kann dies den Prozeß der wechselseitigen Vertrauensbildung fördern. Der Beginn der Verhandlungen zur Sache sollte allerdings davon und auch von einer erneuten Datendebatte nicht abhängig gemacht werden.

Wir haben uns in unserem Land gegen diejenigen gewandt, die der doppelten Null-Lösung im INF-Bereich ein Hindernis nach dem anderen in den Weg gelegt haben, weil sie glaubten, daß dieses Abkommen unsere Sicherheit verringere. Wir treten heute nach dem INF-Vertrag für das Ziel einer dritten Null-Lösung bei den landgestützten nuklearen Kurzstreckensystemen unter 500 km ein. Mit den Verhandlungen über einen Abbau der Kurzstreckensysteme soll möglichst bald begonnen werden. Je mehr Nuklearwaffen abgebaut werden, desto wichtiger wird die konventionelle Stabilität in Europa. Aber wir wollen mit der Fortsetzung des nuklearen Abrüstungsprozesses in Europa nicht warten bis die konventionellen Abrüstungsverhandlungen erfolgreich abgeschlossen werden. Schon aus diesem Grunde fordern wir Ost und West auf, jetzt keine Modernisierung der nuklearen Kurzstreckensysteme vorzunehmen. Wir würden es begrüßen, wenn die Sowjetunion bereits jetzt mit der einseitigen Reduzierung ihrer Überlegenheit bei den landgestützten Kurzstreckensystemen beginnen würde.

Selbst wenn es über diese dritte Null-Lösung hinaus künftig einmal zum Abzug aller verbleibenden amerikanischen und sowjetischen landgestützten Systeme aus Europa käme - ein Ziel, das voraussichtlich erst realisiert werden wird, wenn wir uns auch dem Ziel aller konventionellen Stabilität in Europa genähert haben, könnte noch niemand von einem nuklearfreien Europa sprechen. Es gäbe auf beiden Seiten noch immer die see- und luftgestützten Nuklearsysteme, es gäbe die französischen und die britischen Systeme. Auch nach einer 50prozentigen Reduzierung der strategischen Nuklearwaffen verbleiben noch immer genug Systeme, um die Zufriedenzustellen, die einer Minimalabschreckung das Wort reden. Wir sind dagegen, daß die angeblichen Gefahren einer weiteren Denuklearisierung als politischer Hebel benutzt werden, um die große Aufgabe der Herstellung von konventioneller Stabilität zu blockieren oder mögliche weitere Fortschritte bei der nuklearen Abrüstung zu verzögern.

Das ändert nichts daran, daß unser Endziel ein Europa ohne Atomwaffen bleibt.

VIII.

Es geht bei all diesen Fragen letztlich um mehr als nur um Abrüstung. Es geht darum, daß durch positive Veränderungen in beiden Weltmächten erstmals seit Kriegsende die politische Chance besteht, von Positionen abzurücken, die den Aufbau immer größerer Militärpotentiale vor allen Dingen in Zentraleuropa zur Folge hatten. Wir wollen durch Verhandlungen zwischen den Regierungen, aber auch durch Gespräche und in der bereits bestehenden Arbeitsgruppe der SPD-Bundestagsfraktion mit Vertretern der politischen Führung Ihres Landes herausfinden, ob und inwieweit die jetzt auf dem Tisch liegenden Angebote tatsächlich zu einer konkreten Veränderung führen können. Nach unserer festen Überzeugung können wir dabei die Sicherheit auf unserem Kontinent beträchtlich erhöhen und die Risiken für alle Beteiligten, namentlich auch der beiden Weltmächte, entsprechend verringern.

Somit stellt sich abschließend die Frage: Welche Schritte können die Sowjetunion und die Bundesrepublik Deutschland gemeinsam unternehmen, um zu einer europäischen Friedensordnung zu gelangen, die diesen Namen verdient?

In der Abrüstung können und müssen Durchbrüche erzielt werden. Aber Abrüstung muß immer in ihrem sicherheits- und außenpolitischen Kontext gesehen werden. Wir können mit der Abrüstung heute erreichen, was in der ersten Phase der Entspannungspolitik leider nicht erreichbar war, weil die Aufrüstung damals weiterlief.

Immer mehr wird deutlich: Die Charta von Helsinki mit ihren drei untereinander und in sich selbst ausbalancierten Körben zeigt den richtigen Weg. Wir brauchen Fortschritte in allen Bereichen und ein simultanes, aufeinander abgestimmtes Vorgehen. Wir brauchen eine verstärkte Zusammenarbeit über die Grenzen der Gesellschaftsordnungen hinweg, die die Mauern der Grenzen ebenso wie die Mauern der Vorurteile überwindet und so einen konstruktiven Wettbewerb der Systeme zu Wohle der Menschen möglich macht und auch die Realisierung der sozialen und der individuellen Menschenrechte voranbringt.

Die Probleme Europas im sicherheitspolitischen, ökonomischen, ökologischen, menschenrechtlichen und kulturellen Bereich lassen sich nur in einem Klima des Vertrauens und der Kooperationsbereitschaft lösen.

Das vierseitige Abkommen ist ein gutes Beispiel für die positiven Wirkungen einer Politik des fairen Interessenausgleichs als Ergebnis der ersten Phase der Entspannungspolitik. Die Einbeziehung Berlins in die Entspannungspolitik entsprach den Wünschen der Bevölkerung dieser Stadt, aber auch den Interessen aller Europäer an der Beseitigung von Krisen und Kriegsgefahren. Auch in eine zweite Phase der Entspannungspolitik muß Berlin einbezogen werden. Wir hoffen und drängen darauf, daß Berlin zu einem positiven Symbol der Entspannungspolitik wird, ein Symbol des wechselseitigen Interesses an der Erweiterung und Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen Ost und West.

IX.

Wir unterstützen das Bestreben der Sowjetunion um eine Ausweitung der praktischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit den Staaten der Europäischen Gemeinschaft. Langjährige Handelsbeziehungen mit westeuropäischen Partnerländern haben bereits heute eine gewisse Vertrauensbasis geschaffen. Dies Vertrauen muß sowohl für eine qualitative Vertiefung, wie auch für eine quantitative Erweiterung der wirtschaftlichen Beziehungen genutzt werden.

Durch eine Verknüpfung von Interessen, die gegenseitige Abhängigkeiten schafft, kann eine von politischen Konjunkturen unabhängige ökonomische Kooperation zum gegenseitigen Vorteil zwischen Ost und West ermöglicht und durch ein langfristig angelegtes Vertragsnetz abgesichert werden. Diese Konzeption entspricht nicht nur den politischen Zielen der SPD, sondern auch den Wirtschaftsinteressen unserer beiden Länder. Die Zunahme der wirtschaftlichen Ost-West-Beziehungen und der Ausbau der technischen Ost-West-Kommunikation kann und sollte sich auch positiv auf den Bereich der kulturellen und menschlichen Zusammenarbeit auswirken. Wir hoffen, daß es bald zu einer Rahmenvereinbarung zwischen der EG und dem RGW kommt, damit der Ausweitung der Beziehungen aller osteuropäischen Staaten zur Europäischen Gemeinschaft keine formalen Hindernisse mehr im Weg stehen. Die korrekte Berlin-Klausel müßte auch in diesem Falle zu finden sein.

X.

Die Katastrophe von Tschernobyl hat allen Staaten Europas vor Augen geführt, daß Nationalstaaten nicht mehr in der Lage sind, das Übergreifen von Umweltzerstörungen vom eigenen Territorium auf andere Länder zu verhindern oder ihre Territorien vor den negativen Auswirkungen der Umweltzerstörung wirksam zu schützen. Die Umweltprobleme demonstrieren - wie in der Sicherheitspolitik - die wachsende Unfähigkeit einzelner Staaten, solche Probleme für sich allein lösen zu können.

In der Sowjetunion wie auch in der Bundesrepublik wurden Umweltfragen bis vor kurzem einem ungebrochenen Fortschrittsglauben untergeordnet. Das ändert sich bei uns wie bei Ihnen. Wir Sozialdemokraten versuchen in der Diskussion um unser neues Grundsatzprogramm eine qualitative Neubestimmung des Fortschrittsbegriffs zu erarbeiten.

Auch in der Sowjetunion wird nun die Umweltproblematik unter dem Vorzeichen von Glasnost ausführlich diskutiert, wobei Bürgerinitiativen wie bei uns in der Bundesrepublik eine große Rolle spielen.

Die UdSSR hat ihr Interesse an einem Austausch von Erfahrungen und Kenntnissen über modernere Umwelttechnologien geäußert. Sie ist mehr als früher zu internationalen Umweltabkommen und zur umfassenden Kooperation in Umweltfragen bereit. Wir wollen diese Chance nutzen, denn in der Zusammenarbeit im Umweltschutz fallen die Interessen beider Seiten wie in kaum einem anderen Bereich zusammen. Die SPD will den begonnenen Dialog mit Ihnen über Fragen der Ökologie fortsetzen.

XI.

Wir müssen vom territorialen Status Quo in Europa ausgehen, weil dies eine der politischen Voraussetzungen für die Aufrechterhaltung des Friedens ist, aber politisch muß Europa nicht im Status Quo verharren. Eine verstärkte Ost-West-Zusammenarbeit wird die Sicherheit aller Völker erhöhen und die Entwicklung von mehr Freiheit und sozialer Gerechtigkeit erlauben. Sie wird viele Menschen aufatmen lassen und mit neuer Hoffnung erfüllen. Und das ist eigentlich das Beste, was Politik leisten kann.

(-/16.5.1988/vo-he/rs)

* * *